

die Massen zur Entfaltung des Volkskampfes gegen das Wiedererstehen des deutschen Militarismus, gegen die Kriegsverträge von Bonn und Paris als Haupthindernis für die demokratische Wiedervereinigung Deutschlands und für den Abschluß eines Friedensvertrages auf. Der Kampf unserer Partei und der patriotischen Kräfte Deutschlands wurde durch die großzügige Initiative der Sowjetunion unterstützt, die im Juli und August 1954 Vorschläge für ein europäisches System der kollektiven Sicherheit unterbreitete und die Einberufung einer Außenministerkonferenz der vier Großmächte über die Frage der europäischen Sicherheit und zur Wiederaufnahme der Beratungen über die Deutschlandfrage forderte.

In diesem Sinne schlug am 24. Mai 1954 der Nationalrat der Nationalen Front des demokratischen Deutschland in gleichlautenden Schreiben an die Volkskammer der Deutschen Demokratischen Republik und an den westdeutschen Bundestag die Durchführung einer Volksbefragung in ganz Deutschland über die Frage vor: „Für einen Friedensvertrag und Abzug der Besatzungstruppen oder für EVG, Generalvertrag und Belassung der Besatzungstruppen auf fünfzig Jahre auf deutschem Boden!“ In dieser Fragestellung charakterisierten sich die zwei Wege der Politik in Deutschland. Der Bonner Bundestag verweigerte der Bevölkerung Westdeutschlands eine solche demokratische Entscheidung und bekundete damit den Willen der Bonner Regierung, Westdeutschland der Kriegspolitik des USA-Monopolkapitals unterzuordnen und den Weg der Remilitarisierung zu beschreiten. Die Bevölkerung der Deutschen Demokratischen Republik entschied sich in dieser Volksbefragung mit über 93 Prozent für den friedlichen und demokratischen Weg und drückte damit der Regierung und der Volkskammer einmütig das Vertrauen in ihre konsequent nationale und friedliebende Politik aus.

Die Bonner Regierung, die die Durchführung einer solchen Volksbefragung für Westdeutschland verboten hatte, konnte nicht verhindern, daß sich in den Ländern und Gemeinden Westdeutschlands demokratische Organisationen und Persönlichkeiten fanden, die trotz der Verfolgungen durch die Bonner Staatsorgane eine Volksbefragung durchführten, in der Millionen gegen den Generalkriegsvertrag stimmten. So entwickelte sich in beiden Teilen Deutschlands eine große Volksbewegung für den Abschluß eines Friedensvertrages.

Das Volk entschied sich für die friedliche Lösung der deutschen